



Innen- und Rechtsausschuss
Die Vorsitzende

Kiel, 10. Februar 2022
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 140. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 9. Februar 2022, 14:00 Uhr
als Videokonferenz

Beginn: 14:00 Uhr

1. **Bericht der Landesregierung zu Analysen von Blutproben**

Antrag des Abg. Rother (SPD)

[Umdruck 19/7062](#)

Ein Vertreter des Innenministeriums berichtete, eine Aussprache schloss sich an.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes und weiterer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3398](#)

Der Ausschuss beriet den Gesetzentwurf mit einer Vertreterin des Innenministeriums, einem Vertreter des Wirtschaftsministeriums und der Landesbeauftragten für Datenschutz. Einstimmig beschloss er, Artikel 1 Nummer 5 des Gesetzentwurfs zu streichen. Den so geänderten Gesetzentwurf empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig zur Annahme.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Digitalisierung und Bereitstellung von offenen Daten und zur Ermöglichung des Einsatzes von datengetriebenen Informationstechnologien in der Verwaltung**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3267](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/7107](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/7131](#)

Einstimmig schloss der Ausschuss sich dem Votum des Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschusses an.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjustizgesetzes und anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/3340](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/7047](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Umdruck 19/7127](#)

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW lehnte der Ausschuss den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, [Umdruck 19/7047](#), ab. Gegen die Stimmen der SPD nahm der Ausschuss den Änderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen, [Umdruck 19/7127](#), an. Den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 19/3340](#) (neu), empfahl der Ausschuss dem Landtag bei Enthaltung der SPD einstimmig zur Annahme.

5. a) Perspektiven für Galeria Karstadt Kaufhof entwickeln

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/2333](#)

b) Trendwende für die Innenstädte und Ortszentren in Schleswig-Holstein einleiten - Zukunftsräume und kommunale Identitätsanker schaffen!

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/2344](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/6976](#)

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Umdruck 19/7130](#)

Mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/2333](#), für erledigt zu erklären. Den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/2344](#), lehnte der Ausschuss in der Fassung des [Umdrucks 19/6976](#) mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen gegen die Stimmen von SPD und SSW ab. Schließlich empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der SPD, den Antrag der regierungstragenden Fraktionen, [Umdruck 19/7130](#), zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

6. Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassismus und Rechts-extremismus sein

Alternativantrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/2641](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/6970](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

- 7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/3048](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Umdruck 19/7132](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.
- 8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/3250](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/7126](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
[Umdruck 19/7129](#)

Nachdem die Fraktion der SPD erklärte, den Änderungsantrag, [Umdruck 19/7126](#), zurückzuziehen, nahm der Ausschuss den interfraktionellen Änderungsantrag, [Umdruck 19/7129](#), einstimmig an und empfahl den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 19/3250](#), dem Landtag einstimmig zur Annahme.
- 9. Entwurf eines Gesetzes zum Neunten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Neunter Medienänderungsstaatsvertrag HSH - 9. MÄStV HSH)**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/3584](#)

Der Ausschuss beschloss, in seiner Sitzung am 9. März 2022 eine mündliche Anhörung zu der Vorlage durchzuführen (Benennung bis 16. Februar 2022) und dem Landtag zum März-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.
- 10. Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag)**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/3573](#)

Der Ausschuss beschloss, in seiner Sitzung am 9. März 2022 eine mündliche Anhörung zu der Vorlage durchzuführen (Benennung bis 16. Februar 2022) und dem Landtag zum März-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.
- 11. Potentiale der Festen Fehmarnbeltquerung nutzen**
Alternativantrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/3034](#)

Einstimmig schloss der Ausschuss sich dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses an.
- 12. Verschiedenes**

Die Vorsitzende kündigte an, dass die Sitzungen des Ausschusses ab dem 2. März 2022 wieder in Präsenz stattfinden werden.

Auf Anregung des Abg. Harms nahm der Ausschuss in Aussicht, den Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW zur Zulassung von Verfassungsbeschwerden ([Drucksache 19/719](#)) in seiner Sitzung am 2. März 2022 weiter zu beraten.

Schluss: 15:30 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka